

Nach dreistündiger Debatte am Samstag:

Schulstreik Marten geht weiter

Katholische Eltern sprechen von Sympathiestreik - Nun hat der Minister das Wort

Der Martener Schulstreik geht weiter! Bis zu einem endgültigen Entscheid durch die Regierung wollen die evangelischen Eltern in der Germaniasiedlung ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken. Aus katholischen Kreisen verlautet, daß sich die Katholiken vielleicht zu einem Sympathiestreik entschließen könnten, wenn die Rechte der evangelischen Eltern nicht respektiert würden. Das war das Ergebnis einer dreistündigen Debatte, die die Eltern von 200 evangelischen Kindern am Samstagabend im evangelischen Gemeindehaus mit Stadtrat Hansmeyer führten.

Mit der Versammlung wollten die Eltern Stadtrat Hansmeyer Gelegenheit geben, seine bei der Martener Schulraumteilung getroffenen Maßnahmen noch einmal ausführlich darzulegen. Stadtrat Hansmeyer erklärte sich jedoch für nicht mehr zuständig, da die Eltern sich an die Landesregierung gewandt hätten. „Ich werde mich der Entscheidung der Stelle fügen, die Sie jetzt angerufen haben“, erklärte der Stadtrat.

Zu Beginn der Versammlung im evangelischen Gemeindesaal, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, hatte der Schriftführer der evangelischen Elternpflegschaft, Hans Wutke, noch einmal die Gründe aufgezeigt, die zum Streik geführt hätten. Es gehe den Eltern nicht um einen kürzeren oder längeren Schulweg, sondern um die Verdrängung der evangelischen Bekenntnisschule überhaupt. Der Vorsitzende der Elternpflegschaft, Windmüller, wies auf die Gefahr hin, die der Bekenntnisschule dadurch drohe, daß viele Eltern gegen ihren Willen und ihr Gewissen ihre Kinder ummelden würden, um ihnen einen längeren und gefährlichen Schulweg zu ersparen.

„Schulweg zumutbar“

Hiergegen führte Stadtrat Hansmeyer an, ein Schulweg von drei Kilometern sei nach dem Schulgesetz als zumutbar anzusprechen. In Marten müßten die Kinder durch die von ihm geplante Neuaufteilung etwa 12 Minuten länger laufen, habe eine Kommission festgestellt, die den Schulweg abgeschritten habe. In Marten kämen 66 Schüler auf einen Klassenraum, es sei eine Aufgabe, alle Schulen gleichmäßig auszunutzen. Bei der Bekanntgabe der Zahlen wurde er von den empörten Eltern mit Zwischenrufen wie „Das kennen wir schon aus Ihrem Brief, in dem Sie uns mit 150 Mark Geldstrafe gedroht haben!“ und „Das ist ja nichts Neues!“ unterbrochen.

Die Eltern verwahrten sich entschieden gegen die statistischen Aufrechnungen, die die wahren Verhältnisse nicht berücksichtigten. Es sei eine Zumutung für die Kinder der Germaniaschule, daß sie ihren jetzigen einschichtigen Unterricht nach der Verlegung der evangelischen Schule dorthin aufgeben sollten.

Lösung vorgeschlagen

Als Lösung schlug Pastor Marienfeld vor, bei einem Verbleiben der evangelischen Kinder in der Friedensschule der Gemeinschaftsschule für 440 Schüler sechs Räume und den beiden Bekenntnisschulen

mit insgesamt 400 Schülern vier Räume zur Verfügung zu stellen. Sollte die Gemeinschaftsschule mit ihren Klassenzimmern nicht auskommen, so werde ihr Rektor Ritterswürden für die Oberklassen Räume in der Germaniaschule zuweisen. Auf keinen Fall dürfe aber ein Schulsystem vollständig aus der Siedlung verschwinden, die einen eigenen Ortsteil darstelle.

Pastor Hölzgreve von der katholischen Pfarrgemeinde bat Stadtrat Hansmeyer dringend, die Wünsche der Eltern zu erfüllen. Die Katholiken würden sonst zu Konsequenzen getrieben, die den Frieden in der Friedensschule stören könnten.

„Lieber ins Gefängnis!“

„Ich sehe keinen Anlaß, die Räume in Marten anders zu verteilen“, sagte Stadtrat Hansmeyer in seinem Schlußwort, das von den Eltern mit Entrüstung aufgenommen wurde. Nachdem die Landesregierung angerufen worden sei, könne er nichts mehr an dem jetzigen Zustand ändern. „Und wenn ich ins Gefängnis gehen muß, meine Kinder schicke ich doch nicht zur Germaniaschule“, rief ein empörter Vater dem Stadtrat zu und bezeichnete damit die allgemeine Kampfesstimmung, die in der Elternversammlung herrschte.

Als Antwort auf die Ausführungen von Stadtrat Hansmeyer beschlossen die Eltern einstimmig, den Schulstreik solange fortzusetzen, bis sie einen ihre Wünsche respektierenden Bescheid erhalten.

Politik Churchills hat einfaches Leid gebracht

Preis! — Pflurfe auf dem Heimtag

den Gruß der Stadt Dortmund überbrachte, gab vor allem seiner Freude über das Bekenntnis der Jugend zum Wiederaufbau Dortmunds Ausdruck. Dr. Rogalski, der 1. Vorsitzende des Bundes vertriebener Deutscher in Dortmund, sagte: „Wir haben zwar in der Charta der Vertriebenen auf Rache und Vergeltung für das Unrecht im Osten verzichtet, vergessen und unseren Rechtsanspruch aufgeben werden wir aber nie!“

Dortmunds Vertriebenenhilfe

Die Stadt Dortmund hat 120 000 Ostvertriebene und Flüchtlinge aufgenommen. Sie hat insgesamt 15 Mill. DM Eingliederungsdarlehen an Vertriebene gewährt.

er IG Metall eröffnet

418 Anträge sind zu behandeln

hat. Heute findet die feierliche Eröffnung des Gewerkschaftstages durch Otto Brenner statt.

Internationale Kundgebung

weiteren Verlauf der Tagung, die am haltens hinweisen.

Dr. Hansmeyer stoppte den Weg zu den Schulen, in Marten gibt es vier Schulen, eine evangelische Bekenntnisschule und eine katholische Bekenntnisschule. Immerhin bis eine katholische Bekenntnisschule nicht ge-

